

Der Krieg gilt den Hütten

Kolonialgeschichte: „Kollektives Vergessen“, FR-Tagesthema vom 23.7.

Sehr schön, wenn weiße deutsche Frauen den schwarzen afrikanischen Frauen und Männern aufschreiben, was sie wie wo und seit wann zu fühlen haben. Auch die Aussagen von schwarzen Deutschen sind da ganz wichtig. Was afrikanische Afrikaner denken, hat noch nie jemand interessiert, denn die stehen den Geldjägern einfach nur im Weg. Deshalb geht alles am Problem vorbei. Mit Rassismus wird lediglich der Kapitalismus verschleiert. Was gilt schon ein Menschenleben, wenn verdient werden kann? Das gilt natürlich auch für die Weißen selbst. Es war das Pech der Afrikaner, dass die unterdrückte weiße Meute andere zum Unterdrücken gefunden hat, als sie von ihren Junkern und Rittmeistern auf die Kontinente gehetzt wurde.

Jetzt soll aus Steuermitteln Wiedergutmachung gezahlt werden. Ich kann sagen: Meine Verfahren haben niemals kolonialisiert und unterdrückt, die sind selber herumgeschubst und nach Gutdünken ausgepresst worden. Das soll wirklich mit dem Geld der Werk tätigen geleistet werden? Wenn hier Geld gesucht wird, nehmt endlich die Vermögen der Adligen und Industriebosse bis zum letzten Cent, denn die haben seit Jahrhunderten ohne geringste Gewissensbisse das ganze Blutgeld! Weil aber die Kapitalisten den Rassismus erfunden haben, bleiben wie immer die Paläste verschont – der Krieg gilt den Hütten, überall!

Matthias Kraus, Hasselroth

Kämpfer des Widerstands?

Trennlinie zur Wehrmacht: „Klare Worte beim Gelöbnis“, FR-Politik v. 21.7.

Jedes Jahr wird ein Mensch geehrt, der nie Widerstandskämpfer war. Stauffenberg konnte die Bombe nur platzen, weil er Vertrauter Hilters war, ihm nahe stand! Am Tag der Machtergreifung Hitlers am 30.1.1933 nahm Stauffenberg an einer Demonstration teil zur Feier dieses Ereignisses. Von der gräflichen Verwandtschaft wurde er als einziges Familienmitglied bezeichnet.

Im Krieg gegen Polen schrieb er an seine Frau, das Volk sei ein Pöbel, viele Juden und Mischvolk. 1943 landeten Briten und Amerikaner in Italien und 1944 in Frankreich. Die sowjetische Armee stand in Minsk. Die Lage für „Großdeutschland“ war aussichtslos. Ich denke dieser braune Held wollte nur mit anderen seine Haut retten. Es ist Zeit umzu-denken! Die Widerstandskämpfer, Widerstandsbewegungen zu ehren. Sie alle traten ein für Demokratie und Humanität ein! Jedes Jahr könnte eine Gruppe, eine Person geehrt werden mit der Darstellung seiner/ihrer ganzen Widerstandsgeschichte.

Wolfram Richter, Limburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200727
Folgende Themen stehen derzeit im FR-Blog zur Diskussion:
Wird Fleisch zum Luxusgut?
Randale auf dem Opernplatz
Das Pflege-Dilemma
Streit übers Lieferkettengesetz
Rechtsextreme in der Polizei
Und weitere mehr. Eine Übersicht über alle Themen gibt es hier: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Manuel Almeida Vergara diskutiert im „Modcast“ mit Patrice Bouédibéla über den Sinn einer „Frankfurt Fashion Week“. Die Ausgabe des Mode-Podcasts ist abrufbar auf fashionunited.de
modcast.podigee.io

Andreas Schwarzkopf spricht mit Nicole Deitelhoff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) über „Sündenböcke und Verschwörungstheorien: Spaltet Corona die Gesellschaft?“
Verfolgen Sie das Gespräch von Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK und FR per Livestream auf Youtube und diskutieren Sie mit.
Dienstag, 28. Juli, 19 Uhr
boell-hessen.de/YouTube

Wird Fleisch zum Privileg für Reiche?

Zu: „Das Schweinesystem muss ein Ende haben“ und „Fleischsteuer hilft nicht“, FR-Meinung v. 18.7. u. -Wirtschaft v. 10.7.

Massentierhaltung entfaltet zerstörerische Kräfte

Zu Recht werden die Zerstörungen kritisiert, die die industrielle Massentierhaltung in Deutschland anrichtet: Sie geht auf Kosten der Landwirte, die zu geringe Preise für ihr Vieh erhalten und sich oft multiresistente Keime einfangen, weil zu viele Antibiotika in den großen Ställen eingesetzt werden („müssen“). Es trifft immer mehr Kranke, denen die Antibiotika dann nicht mehr helfen. Industrielle Tierhaltung geht auf Kosten der Beschäftigten in der Fleischindustrie, die unter sklavenähnlichen Bedingungen schlachten. Und alle Verbraucher müssen dafür zahlen, wenn zu viel Gülle im Grundwasser landet und die Aufbereitung von Trinkwasser immer teurer wird. Was Massentierhaltung für die Tiere bedeutet, wissen alle, die es wissen wollen.

Die Schäden gehen jedoch weit über die Grenzen Deutschlands hinaus: Der Leserbrief von Hans Oette (16.7.) weist zu Recht auf die Zerstörungen hin. Die riesigen Exportüberschüsse machen die örtliche Landwirtschaft gerade auch in Afrika platt.

Einen zerstörerischen Aspekt vermisste ich in der Diskussion: Das Futter für die Massentierhaltung wird zu einem großen Teil aus Südamerika importiert. Dort werden Menschen von ihrem Boden vertrieben, damit in riesigen Monokulturen Soja angebaut wird. Wuchernde Favelas und zerstörte Ackerflächen zeugen davon. Das geplante Handelsabkommen mit dem Mercosur droht zu einer Ausweitung der Anbauflächen zu führen. Welch Wahnsinn!

Herbert Kaefer, Schleiden-Gemünd

Wenn ein Cappuccino teurer ist als ein Kilo Fleisch

Herr Riexinger hat Recht: Die Produktion von Fleisch stinkt zum Himmel. Seine Forderungen an eine zukunftsorientierte Fleischindustrie – tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsverhält-

nisse, tierwohl- und umweltverträgliche Haltungsbedingungen, Kampf dem Preisdruck – sind weitgehend konsensfähig. Jedoch geht seine Ablehnung von Preiserhöhungen völlig an der Realität vorbei.

Auch wenn die Linken traditionell die Kapitalisten mit ihrem Drang zur Gewinnmaximierung in Verdacht haben: Art- und umweltgerechte Tierhaltung verbunden mit angemessenen Löhnen müssen zwangsläufig zu höheren Kosten und damit zu steigenden Fleischpreisen führen. So würde sich hoffentlich auch die Wertschätzung des Lebensmittels Fleisch verändern. Wenn – wie aktuell – ein Cappuccino teurer ist als ein Kilo Fleisch im Sonderangebot, dann stimmen die Relationen nicht mehr. Fleischprodukte würden deshalb nicht gleich zu einem Privileg. Nach einem Kaufkraftvergleich des „iwd“ musste ein Arbeitnehmer 1960 noch zwei Stunden und elf Minuten lang arbeiten, um sich ein Brathähnchen kaufen zu können; 2017 waren es zwölf Minuten. Da ist also noch viel Luft nach oben, bevor Fleisch zu einem Luxusprodukt für Besserverdienende wird. Leo Paulheim, Immenhausen

Corona hat systembedingte Schwächen verdeutlicht

Die Lebensmittel Versorgung hat in der Corona Krise gut funktioniert. Sichtbar gemacht sind die systembedingten Schwächen der fehlenden Billig-Erntehelfer, Leiharbeit und Werkverträge mit vielen Subunternehmen verhindern die eindeutige Verantwortung für die Gesundheit und faire Bezahlung sowie menschwürdige Unterkünfte.

Der Klimawandel sorgt für Ernteverluste der Bauern und gefährdet deren Existenz durch Trockenheit. Lernen aus Corona ist das Gebot ökonomischer Vernunft, nachhaltiger Zukunft für Stabilität sozialer Verhältnisse und ausgleichender Gerechtigkeit, um die Schere zwischen Armut und unerhörten Reich-

tum zu schließen. Die milliardenschweren Konjunktur Pakete verfestigen das alte Denken und Handeln. Weiter so wie bisher scheint die Lösung zu sein.

Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg

Der Wert der Ware würde steigen

Es hilft nur eins, nämlich die Bauern zur Schule zu schicken, damit sie lernen, wie man sein Geschäft betreibt. Ich habe in der Schule gelernt, dass die Bauern sich nach dem „Schweinezyklus“ verhalten, nach dem sich Angebot und Nachfrage regeln. Haben sie das verlernt?

Die Bauern bei der derzeitigen „Massentierhaltung“ mit Steuergeld zu unterstützen heißt, „Perlen vor die Säue“ zu werfen. Warum regeln wir den Straßenverkehr mit Ampeln? Damit Menschen geschützt sind. Warum regeln wir das nicht für die Tiere? Ab sofort keine Massentierhaltung! Der Wert der Ware wird steigen. Denn auch auf dem Fleischmarkt funktioniert der Kapitalismus. Aus weniger Fleisch wird mehr Einkommen. Das Fleisch von glücklichen Schweinen schmeckt besser. Rudolf Brinschwitz, Rodgau

Neues Geschäftsmodell für Schlächterfabriken

Gestern noch habe ich mich über Tünnies Tönnies ereifert, insbesondere über die Belüftungsverhältnisse. Heute denke ich: Klasse, nach der Durchseuchung der Belegschaft und der nachfolgenden Immunisierung für einige Monate können diese Menschen weiter flott ausgebeutet werden. Impfen? Machen wir ohne Impfstoff selber. Impffolgen bleiben natürlich nicht aus. So ist das. Wir sind auf der guten Seite, und deshalb: Knete her! Neues Geschäftsmodell für Schlächterfabriken: Durchseuchung der Gesellschaft, um sie hart zu machen. So geht Kapitalismus. Manfred Kramer, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/toennies-3

Weit weg von rechtsstaatlichen Grundsätzen

EU-Gipfel: „Rutte bleibt hart, Conte beklagt ‚Erpressung‘“ u. „Europäische Nachtschichten“, FR-Politik vom 20. und 21. Juli

In den Berichten über den EU-Gipfel findet sich der Hinweis, dass die Vergabe von EU-Geldern an die Einhaltung von Rechtsstaatsnormen gefordert wurde. Hierzu hat sich Ungarns Despot Orbán zum Vorwurf gegenüber dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte hinreißen lassen, dieser hasse Orbán und Ungarn. Bereits ein derart populistischer Ausspruch belegt, wie weit Orbán von den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit, wie sie in der Charta der Grundrechte der EU formuliert sind, entfernt ist und wie er mit einem irrsinnigen Ausspruch die Tatsachen verdreht.

Wenn Rutte die Einhaltung der Rechtsstaatsnormen fordert, bedeutet dies schließlich für die ungarische Bevölkerung die Ge-

währleistung der Rechte und den Schutz vor staatlicher Willkür und keineswegs einen Hass gegenüber Ungarn. So zählen nach Art. 49 Abs. (1) der EU-Verfassung insbesondere eine freiheitlich-demokratische Staatsform und Rechtsstaatlichkeit als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in der EU. Somit sollten diese Kriterien ebenso für die weitere Mitgliedschaft und erst recht für die Vergabe von Geldern gelten.

Betrachtet man jedoch beispielsweise die Abschaffung der Pressefreiheit, die Zensur, die Beschneidung der Gerichtsbarkeit und andere diktatorische Maßnahmen, die Orbán ebenso erlassen hat wie seine politischen Freunde in Polen, sind diese beiden Länder weit von den Grundsätzen der Rechts-

staatlichkeit entfernt. Beide Länder haben stets die Vorteile der EU durch Empfang von Hilfgeldern in Anspruch genommen, während sie beispielsweise in der Flüchtlingsfrage eine vollkommen unsolidarische Abschottungspolitik betreiben.

Die Einhaltung der Rechtsstaatsnormen muss eine absolute Bedingung für die Vergabe von Geldern darstellen. Dabei sollten sich die übrigen Mitgliedsländer und die EU-Kommission nicht weiterhin von Nettoempfängern, die sich als Spaltpilze gebärden, erpressen lassen! Schließlich würde auch niemand diese Länder daran hindern, zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren, womit auch der Gemeinschaft geholfen wäre. Peter Boettel, Göppingen